



**Rechtzeitig
zur Berlinale:
Der neue IPS-Film
ist da!**

**Ab sofort abrufbar
unter
www.bundestag.de/ips**



In diesem Newsletter: Freuen Sie sich auf die Schwerpunkte
Bewerbung und Bundespräsidentenwahl



Liebe
Freundinnen
und Freunde
des IPS!

Ein politisch aufregendes Jahr 2017 liegt vor uns. Ein Wahljahr. Im Februar 2017 tritt die Bundesversammlung zusammen, um unseren Bundespräsidenten neu zu wählen. Wir werden hier dazu berichten. Verschiedene Landtage werden turnusmäßig neugewählt, das Ergebnis beeinflusst auch das politische Machtgefüge im Bundesrat.

Vor allem aber wird im September der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Unser Land steht vor vielen gesellschaftlichen Herausforderungen, die politischen Weichen dazu werden von den Wählerinnen und Wählern neu gesetzt. Dementsprechend werden die kommenden Monate vom Wahlkampf geprägt, damit wird es eine besonders spannende Phase für den aktuellen Jahrgang der IPSler, die im März ihr Programm bei uns beginnen.

Viele unserer ehemaligen Teilnehmer werden sicher noch gut in Erinnerung haben, wie weit der Weg von der Bewerbung bis in

eines unserer Abgeordnetenbüros war. Immer wieder wird uns als verantwortlichen Abgeordneten die Frage gestellt, was eigentlich mit einer Bewerbung passiert, nachdem sie bei der deutschen Botschaft eingegangen ist. In dieser Ausgabe des Newsletters greifen wir auch diese Frage auf und beleuchten aus der Perspektive der Beteiligten die einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens. Viel Spaß bei der Lektüre dieser und der vielen anderen Beiträge!

Ihr

Bernhard Schulte-Drüggelte, MdB

Bewerbungen für 2018

Die Bewerbungsfristen für das Programmjahr 2018 beginnen im Frühjahr. Die Bewerbungsunterlagen können Sie in Kürze unter www.bundestag.de/ips einsehen. Hier bereits ein Vorabdruck:

Zulassungsvoraussetzungen

- Staatsbürgerschaft des teilnehmenden Landes (doppelte Staatsbürgerschaft möglich); die teilnehmenden Länder sind: Ägypten, Albanien, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irak, Israel, Jordanien, Kasachstan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Libanon, Litauen, Libyen, Marokko, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Palästinensische Gebiete, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Syrien, Tschechien, Türkei, Tunesien, Ukraine, Ungarn, USA und Zypern
- abgeschlossenes Universitätsstudium (B.A., B.S., M.A., Diplom-, Magister-, Staatsprüfung oder Promotion) in einem beliebigen Studienfach; ein Fachhochschulabschluss genügt nicht, der Nachweis des Studienabschlusses kann in begründeten Fällen bis zum 31. Dezember 2017 nachgereicht werden
- sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache (entsprechend der Stufe B 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen)
- Kenntnisse der deutschen Politik, Gesellschaft und Geschichte
- gesellschaftspolitisches Engagement



- Altersgrenze: Zum Zeitpunkt des Programmbeginns darf das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet sein. Bewerben können sich Interessent/innen, deren Geburtstag nach dem 1. März 1988 liegt.

Bewerbungsunterlagen

Die vollständige Bewerbung muss folgende Unterlagen in deutscher Sprache enthalten:

- Bewerbungsbogen
- ausführliche Bewerbungsbeurteilung (nicht mehr als zwei Seiten)
- Studienabschlusszeugnis (Original oder amtlich beglaubigte Kopie in deutscher oder englischer Sprache, eingescannt). Der Nachweis des Studienabschlusses kann in begründeten Fällen bis zum 31. Dezember 2017 nachgereicht werden. Das Original oder die amtlich beglaubigte Kopie in

deutscher oder englischer Sprache des Studienabschlusszeugnisses muss zum Auswahlgespräch vorgelegt werden, sehr gute deutsche Sprachkenntnisse (entsprechend der Stufe B 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) können nachgewiesen werden: - durch ein offizielles Sprachzeugnis (beispielsweise TestDaF, ZOP, DSH oder durch den IPS-Sprachnachweis) - der Nachweis gilt ebenso als erbracht, wenn aus dem Lebenslauf die erforderlichen sehr guten deutschen Sprachkenntnisse eindeutig ersichtlich sind (beispielsweise Abitur in Deutschland, Germanistikstudium, Anstellung als Deutschlehrer)

- zwei Empfehlungsschreiben in deutscher oder englischer Sprache (nicht älter als ein Jahr), davon eines von einem Hochschullehrer oder vom Arbeitgeber, in dem die fachliche Qualifikation des Bewerbers für das IPS beurteilt wird auf offiziellem Briefpapier der ausstellenden Institution,
- ein Bewerbungsfoto als Bilddatei (JPEG oder anderes übliches Bildformat)
- Kopie des Reisepasses oder Kopie der ID-Card

Bitte senden Sie die vollständigen Bewerbungsunterlagen digital an die deutsche Botschaft in Ihrem Heimatland.

Unter www.bundestag.de/ips finden Sie die genauen E-Mail-Adressen und weitere Informationen.

Vorbereitung auf die Auswahlreisen für das Programm ab März 2017

Was passiert mit Ihren Bewerbungen?

Schritt 1: Vorauswahl bei den Botschaften

- Bewerbungen gehen bei den deutschen Botschaften des jeweiligen Landes ein
- Vorauswahl erfolgt durch die Botschaften nach bestimmten Kriterien, wie politisches Engagement im Heimatland, Rückkehrwille nach dem Programm etc.
- Botschaften erstellen ein Ranking, schlagen Kandidaten vor und benennen die Bewerber für die Auswahlgespräche



© photothek / Auswärtiges Amt

Schritt 2: Prüfung durch WI 4

- Botschaften übermitteln dem Deutschen Bundestag die Unterlagen der vorausgewählten Bewerber
- Aufteilung der Länder auf die Mitarbeiter von WI 4
- jeder Mitarbeiter des IPS-Teams betreut mehrere Länder
- Bewerbungen werden im Referat WI 4 gesichtet und auf Vollständigkeit geprüft
- Das IPS-Team bereitet die Unterlagen für die Auswahlreisen in die entsprechenden Länder vor

IPS-Team WI 4



Ansprechpartnerinnen der Humboldt-Universität



© DBT / Inga Haar

Schritt 5: Start des IPS-Programms

Willkommen in Berlin!



© IO 1

Schritt 3: Auswahlreise

- Übergabe der Auswahlunterlagen an die Delegationsreisenden
- Auswahlreise durch dreiköpfige Delegation
- Auswahldelegation trifft Entscheidung auf der Grundlage fachlicher, sozialer, sprachlicher und interkultureller Kompetenzen der Bewerber

Schritt 4: Vorbereitung auf die Ankunft der Stipendiaten

- Nachbereitung der Auswahlreise
- Die Botschaften teilen die Entscheidung der Auswahlkommission mit und verschicken die Zu- und Absagen an die Bewerber
- erste Informationen an die Stipendiaten werden von den Universitäten verschickt, wie z.B. Programminformationen



© Maria Rösel

IPS-Team bei der wöchentlichen Besprechung



© Marc Bomhoff

Das Bewerbungsverfahren

aus Sicht der Deutschen Botschaft Riga

Von Udo Theil, Kanzler der
Deutschen Botschaft Riga



Von links: Kanzler Udo Theil und Leiter der
Kulturabteilung Christoph Klarmann treffen
die Vorauswahl

Vor 30 Jahren wurde ein weltweit einzigartiges Ausbildungsprogramm für junge Menschen aus der Taufe gehoben – das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS). Der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, bezeichnete das Programm sogar als eine der besten Ideen, die der Deutsche Bundestag in den letzten Jahrzehnten hatte.

25 Jahre

Lettland nimmt seit 1992 an dem Programm teil. Mehr als 70 Stipendiatinnen und Stipendiaten haben die Möglichkeit bereits genutzt, für fünf Monate die Parlamentsarbeit und den Alltag in Deutschland hautnah zu erleben. Seit 1992 unterstützt die Deutsche Botschaft Riga das Programm. Sie feierte 2016 den 25. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland. 2017 können wir jetzt auch das Vierteljahrhundert der Teilnahme Lettlands am IPS-Programm begehen. Das Feiern geht weiter!

Hohe Wertschätzung in Lettland

Wie hoch angesehen das IPS-Programm in Lettland ist, kann man unschwer daran erkennen, dass das lettische Parlament – die Saeima – ebenfalls ein Ausbildungsprogramm nach diesem Vorbild eingeführt hat. Seit 2010 bietet die Saeima jedes Jahr zwei deutschen Hochschulabsolventen ein vierwöchiges Praktikum in Riga an. Die Studierenden werden durch die lettische Botschaft



Von links: Saeima-Abgeordneter Igors
Pimenovs (Harmonie), Stipendiaten 2016
des Praktikums in der Saeima, Saeima-
Abgeordnete Solvita Aboltina (Einheit)

in Berlin in Zusammenarbeit mit dem DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) und dem Büro der Saeima für interparlamentarische Fragen ausgewählt.

Und was macht die Deutsche Botschaft in Riga?

Eine der Hauptaufgaben der Botschaft in diesem Zusammenhang ist es, in der lettischen Gesellschaft und insbesondere bei den Jugendlichen Interesse an dem Ausbildungsprogramm zu wecken. Die Mitarbeiter der Botschaft scheuen keine Mühe und Kreativität, um potenziellen Kandidaten das Programm nahe zu bringen. So werden unter anderem Veranstaltungen in Universitäten organisiert und Plakate und

Flyer verteilt. Darüber hinaus bietet die Botschaft Partner – zum Beispiel das Goethe Institut Riga – ebenfalls ihre Zielgruppen auf das IPS-Programm aufmerksam zu machen.

Nach Bewerbungsschluss werden alle Bewerbungen gesammelt und auf Vollständigkeit hin überprüft. Sodann werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem zweistufigen Verfahren ausgewählt. Eine erste Vorauswahl trifft die Botschaft. Das kann manchmal intensive Diskussionen und knifflige Abwägungsentscheidungen mit sich bringen. Denn das Ziel ist es, sicherzustellen, dass das Auswahlgremium die qualifiziertesten Kandidatinnen und Kandidaten zu Gesicht bekommt.

Der nächste Schritt ist anschließend die Reise des Auswahlgremiums nach Lettland. Das Auswahlgremium setzt sich aus einem Mitglied des Deutschen Bundestages, einem Vertreter der Bundestagsverwaltung und einem Vertreter der beteiligten Universitäten zusammen. Der Aufenthalt des Auswahlgremiums in Riga wird von der Botschaft vorbereitet und betreut. Die Reise wird nicht nur für die Auswahlgespräche mit den Kandidatinnen und Kandidaten genutzt, sondern auch für politische Gespräche, zum Beispiel mit Abgeordneten der lettischen Saeima. Darüber hinaus gehören auch Informationsveranstaltungen zum Programm des Auswahlgremiums, um so die nächsten potenziellen Kandidaten anzusprechen. Ganz am Schluss kommt dann der schönste Teil: Die Deutsche Botschaft Riga

darf den Glücklichen die Glückwünsche überbringen, dass sie für die Teilnahme am IPS-Programm ausgewählt wurden!

Auch wenn gerade keine Auswahlentscheidungen anstehen, ist die Botschaft Riga mit einer ganz zentralen Aufgabe betraut: Die Kontaktpflege mit den IPS-Alumni. Diese Aufgabe ist an der Botschaft Riga – wie könnte es anders sein – den beiden IPS-Alumni, die an der Botschaft tätig sind, anvertraut. Sabine Nortone und Natalja Buinicka sind

nicht nur für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft zuständig, sondern auch fester Teil des IPS-Teams der Botschaft. Dank dieser Aufgabenverteilung ist der Kontakt zu den IPS-Alumni sehr eng und vertraut und IPS-Alumni zählen häufig zu den Gästen bei vielen verschiedenen Botschaftsveranstaltungen. Die beiden wissen am besten, wie man junge Leute für das IPS-Programm begeistern kann.

Das IPS-Programm ist nicht nur

für die Deutsche Botschaft Riga sehr wichtig, sondern auch für die IPSler selbst, wie die Vorsitzende der IPS-Alumni in Lettland Kristine Markus sagt: „Ich kann mit Sicherheit sagen, dass das IPS-Programm mein Leben für immer verändert hat. Ich habe nicht nur einmalige politische und berufliche Erfahrungen gesammelt, sondern auch eine großartige Zeit in Berlin verbracht und Freunde fürs Leben gefunden.“ ■

Das Bewerbungsverfahren

aus Sicht des IPS-Delegationsleiters Steffen-Claudio Lemme, MdB



Die Qual der Wahl

Als Abgeordneter ist man es gewohnt, fortwährend schwierige Entscheidungen treffen zu müssen. Dies gilt

auch für die Auswahl von Stipendiatinnen und Stipendiaten für das Internationale Parlaments-Stipendium, an der ich seit vielen Jahren mit Begeisterung mitwirke. Was von außen betrachtet leicht aussieht, ist in Wirklichkeit ein schwieriger Prozess, in dem es viele Aspekte zu beachten gilt, denn schließlich geht es um ein Stipendium im Zentrum der deutschen Politik.

Wichtigstes Auswahlkriterium sind für mich neben der fachlichen Qualifikation vor allem sehr gute Deutschkenntnisse. Ich persönlich stelle mir dabei immer die Frage, ob die Kandidatin/der Kandidat ein schwieriges Telefonat mit einem Bürger meines Wahlkreises führen könnte. Hierzu benötigt man neben

guten Sprachkenntnissen ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten, Fingerspitzengefühl und manchmal auch eine Portion Gelassenheit. Wer diese Anforderungen erfüllen kann, erkennt man aber nicht am Lebenslauf, sondern wirklich erst im Auswahlgespräch.

Wichtig ist für mich natürlich, dass der eigentliche Zweck des Programms nicht aus den Augen verloren wird. Wir wollen über das IPS gesellschaftspolitisches Engagement in den Heimatländern der Teilnehmer anregen. Bewerber ohne klare Rückkehrperspektive, die sich erkennbar nur wenig mit den Gegebenheiten in ihrer Heimat beschäftigt haben, können sich bei gleicher Eignung nur dementsprechend schwerer für ein Stipendium qualifizieren. Es gilt außerdem herauszufinden, ob die Kandidaten sich gut in eine bunte und in kulturell unterschiedlichster Weise geprägte Gruppe von 120 Menschen eingliedern können, der menschliche Faktor also. Diesen Aspekt kön-

nen besonders unsere Alumni gut beurteilen, die aus eigener Erfahrung wissen, wie IPSler funktionieren, welche Eigenschaften und Fähigkeiten es braucht, um gut in eine solche Gruppe zu passen. Auch deshalb nimmt stets ein IPS-Alumni an den Auswahlgesprächen teil. Außerdem wird auf ein ausgewogenes Verhältnis von jungen Frauen und Männern und von akademischen Ausbildungshintergründen geachtet. Wichtig finde ich schließlich, dass Stipendiaten aus möglichst vielen Ländern am Programm beteiligt werden.

Alle aufgeführten Aspekte im Vorfeld und während des Auswahlprozesses im Blick zu behalten, erfordert eine intensive Vorbereitung. Deshalb sei an dieser Stelle ein Dank an all diejenigen gerichtet, die das Auswahlverfahren organisieren und damit dazu beitragen, dass wir in jedem Jahr so vielen hochmotivierten jungen Menschen das Leben in Deutschland und die Arbeit im Deutschen Bundestag nahebringen können.

Steffen-Claudio Lemme, MdB

Das Bewerbungsverfahren

aus Sicht einer estnischen IPS-Alumna



Von Anu Mõtsla, Protokollchefin des estnischen Parlaments Riigikogu IPS-Alumna, Jahrgang 2005

Schon für drei Jahre habe ich die Möglichkeit gehabt, als ehemalige IPS Stipendiatin, an den IPS Auswahlgesprächen in Estland als Mitglied der Auswahldelegation teilzunehmen. Jedes Jahr es ist eine interessante und unvergessliche Erfahrung gewesen.

Als ich das erstes Mal 2014 gemacht habe, war ich ein bisschen traurig, dass so wenige Kandidaten und Kandidatinnen aus Estland sich beworben haben, trotz der deutschen Botschaft in Tallinn, ehemaligen Stipendiaten und Stipendiatinnen. Bei der Bewerbung sind beide unsere Nachbarländer, Lettland und Litauen für uns hervorragende Vorbilder. Dieses Jahr hat uns alle eine positive Überraschung erwartet, als sogar sechs Kandidaten zum Auswahlgespräch eingeladen wurden. Die jungen Leute kamen aus verschiedenen Fachbereichen und hatten gute Deutschkenntnisse. Auch könnte man schon von der ersten Meinungsäußerungen sehen, dass alle hochmotiviert waren.

Die Auswahldelegation hat sich sehr daran interessiert, warum die junge Leute sich beworben haben, wo und bei wem sie sich über dieses Stipendium erkundigt haben, wie stellen sie sich den Vorgang

des Stipendiums in Berlin vor. Viele Fragen wurden gestellt, um zu sehen, wie die zukünftige Stipendiaten sich unter Druck gesetzt fühlen und reagieren, wie gut sie sich mit der aktuellen politischen Lage in Deutschland auskennen. Bei allen Fragen und Themen haben sie sich als anpassungsfähig und gebildet gezeigt. Viele von den Kandidaten haben erwähnt, dass sie über das Stipendium von den Freunden, Studienkollegen erfahren haben und viele Jahre nachgedacht haben, bevor sie die Bewerbungsunterlagen geschickt haben.

Die Botschaft hat diesmal eine neue Tradition gegründet. Vor dem Empfang wurde gemütliche Gesprächsrunde organisiert, wo die Auswahldelegation aus Deutschland das Stipendium kurz aber gründlich vorgestellt hat. Zu dieser Veranstaltung waren ehemalige und neue estnische Stipendiaten und die Vertreter der deutschen Organisationen in Estland eingeladen. Alle konnten ihre Fragen beantwortet bekommen, die sie über das Stipendium gestellt hatten und Erfahrungen und Erlebnisse wurden miteinander ausgetauscht.

Für das Jahr 2017 haben drei junge Leute aus Estland die Möglichkeit bekommen, an dem Programm teilzunehmen und ich glaube fest daran, dass sie die Chance 100% nutzen werden und daraus die besten fünf Monate im Jahr 2017 für sich machen werden. Die Ausgewählten können auch Estland den anderen Prakti-



Die ausgewählten IPS Stipendiaten aus Estland für 2017 mit Steffen-Claudio Lemme, MdB

kanten aus vielen anderen Ländern präsentieren und ich hoffe danach werden viele von dem Jahrgang 2017 auch nach Estland kommen, um mehr über unser Land zu erfahren. Ich habe keine Zweifel daran, dass einige, wenn nicht alle eines Tages im estnischen politischen Leben in verschiedenen Rollen mitwirken werden.

Meine persönliche IPS-Erfahrung war schon vor 12 Jahren, aber ich erinnere mich sehr oft daran. Unser Jahrgang 2005 steht immer noch im engen Kontakt und in 2015 haben wir in Berlin unser zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Wir haben für uns wichtige Plätze besucht und einen Rundgang im Bundestag gemacht. Ich empfehle die Erfahrung für alle Jugendliche, die sich für die Politik interessieren und gut Deutsch beherrschen. Ich habe immer noch einen Koffer in Berlin...

Das Bewerbungsverfahren

aus Sicht eines estnischen Teilnehmers am IPS-Programm 2017



Von
Allan Allik,
IPS-
Teilnehmer
2017

Wie ich vom IPS erfuhr

Auf das Programm wurde ich von meinem Freund Anno Aedmaa aufmerksam gemacht, der im Jahre 2000 selbst daran teilnahm. Er hat mich 2012 darauf angesprochen und von seinen positiven Erfahrungen im Abgeordnetenbüro und bei den gemeinsamen Erlebnissen mit der internationalen Gruppe berichtet. Dies weckte mein Interesse und ich bewarb mich für das Angebot. Allerdings fehlte mir zu diesem Zeitpunkt, direkt nach meinem Bachelorabschluss in Geographie, die politische Expertise dafür. Nach der darauffolgenden Absage fasste ich den Entschluss, es nach Beendigung des Masters erneut zu versuchen mit dem Willen, die Defizite während des Studiums aufzuarbeiten.

Ich entwickelte in den letzten Jahren das Bedürfnis, mich für eine fortschrittliche und nachhaltige Entwicklung meines Heimatlandes einzusetzen. Das war auch der Grund dafür, mich im Masterstudium auf Regionalentwicklung zu spezialisieren, in diesem Themenkomplex praktisch zu arbeiten und an internationalen Workshops mit entsprechendem Bezug teilzunehmen.

Die Bewerbung

Meine Bewerbungsunterlagen habe ich Ende Juli an die deutsche Botschaft in Tallinn verschickt. Der Fragebogen kam mir bei der ersten Lektüre zwar etwas eigenartig, aber interessant vor. Gerade die Fragen nach Idolen und zuletzt gelesenen Büchern habe ich nicht erwartet. Dennoch habe ich die Fragestellungen zur Selbstreflexion genutzt und mir die Zeit genommen, über meine eigenen Stärken und vor allem auch Schwächen nachzudenken und wie man mit diesen sinnvoll arbeiten kann, um sich selbst zu verbessern.

Über die bestandene Vorauswahl erfuhr ich mit einer kleinen Verzögerung, die durch Frau Merkels Besuch in Estland zustande kam. Grundlos habe ich zu dieser Zeit vermutet, dass ich zur zweiten Runde nicht zugelassen sei. Zu meiner größten Freude bekam ich letzten Endes dennoch die Einladung zum Gespräch mit der Delegation des Bundestages. Wie also vorbereiten?

Das Treffen

Morgens, Punkt neun Uhr, Tallinn, Deutsche Botschaft. Ich warte auf meinen Aufruf und bin ziemlich aufgerieben - nicht nur wegen der Anspannung, sondern auch wegen einer Dose Energydrink, die ich mit dem Ziel getrunken habe, nicht müde zu erscheinen. Meine Nervosität löste sich aber recht schnell, als ich

zum Gespräch gebeten wurde und feststellen durfte, dass die Atmosphäre ruhiger und kollegialer war als erwartet. Die Fragen hatten überwiegend aktuellen Bezug und verlangten eine persönliche Einschätzung. Themen waren bei mir zum Beispiel die *Rail Baltic* oder Deutschlands derzeitig größten Probleme und Lösungsvorschläge dazu. Aber auch Fragen der politischen Allgemeinbildung wurden gestellt, wie beispielsweise nach dem Namen des Bundestagspräsidenten und dessen Aufgaben. Für die Kandidaten nächstes Jahr empfehle ich: Bleibt ruhig und ehrlich. Auf das Gespräch kann man sich zu Hause schlecht vorbereiten. Sorgt für eine gute Allgemeinbildung in globaler Politik und in deutscher Geschichte und Politik, dann solltet ihr euch keine Sorgen machen müssen.

Nach dem Gespräch und beinahe zu Hause

Ich saß bereits im Bus zurück nach Tartu und dachte, dass dies keine Spitzenleistung gewesen sein könne. Ganz unerwartet war deshalb der Anruf mit der Zusage und einer Einladung zur Residenz des Deutschen Botschafters. Ich stieg also recht spontan am einzigen Zwischenhalt aus, harrete anderthalb Stunden an einem menschenleeren Bahnhof in der Mitte Estlands aus und fuhr dann zufrieden zurück nach Tallinn. ■

Willkommen in Ungarn

Erfahrungsbericht über das Hans-von-Dohnányi-Programm 2016



Von Stefan Drexler,
Hans-von-Dohnányi
Parlaments-
praktikum 2016

Paprika, Piroshka und Puszta. Dieser Dreiklang bestimmte lange das Bild der Deutschen von Ungarn. Seit 2010 sieht sich das Land allerdings mit weniger schmeichelhaften Stereotypen konfrontiert. Von einer „Viktatur des Viktators“ war in Anspielung auf Ministerpräsident Viktor Orbán gar die Rede. Wer den Zustand des Parlamentarismus und des politischen Systems in Ungarn aus nächster Nähe erkunden und nebenbei in einem der schönsten Parlamente der Welt arbeiten möchte, für den ist das dreimonatige Hans-von-Dohnányi Parlamentsstipendium in Budapest genau das Richtige.

Das Programm

Als erstes bekommt man einen zweiwöchigen Einführungskurs über Politik, Wirtschaft, Kultur und Geschichte Ungarns an der deutschsprachigen Andrassyuniversität mit nachmittäglichem Sprachunterricht. Im zweiten Teil lernt man den Aufbau des Parlaments und seine Funktionsweise kennen, ehe man abschließend die mit dem Parlament in enger Verbindung stehenden Institutionen wie das Verfassungsgericht oder die Präsidialkanzlei des Staatspräsidenten besucht. Im Anschluss ist eine kurze, wissenschaftliche Arbeit rund um das ungarische Parlament zu verfassen. Das ist dank der Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter

des Parlaments und der sehr freien, interessen geleiteten Themenwahl gut machbar.

Grundsätzlich muss betont werden, dass das Parlament sehr großzügig gegenüber den, in der Regel drei, ausgewählten Stipendiaten ist. An- und Abreise werden ebenso übernommen wie ein Quartalticket für den ÖPNV in Budapest. Seit diesem Jahr wohnen die Stipendiaten auch in einem neu gebauten Kollegium der Verwaltungsuniversität. Hinzu kommen ein Taschengeld von etwa 400-500 Euro pro Monat, je nach Wechselkurs, sowie der Sprachkurs.

Arbeit bei Abgeordneten als Highlight

Generell werden alle im Parlament vertretenen Fraktionen einbezogen und konnten sich und ihre Arbeit den Stipendiaten vorstellen. Auch sollte jeder Stipendiat eine Regierungspartei und eine Oppositionspartei näher kennen lernen. Allerdings nutzten die Parteien diese Möglichkeit in den beiden Abgeordnetenwochen unterschiedlich stark aus. Ich hatte Glück und konnte zuerst mit der grünen LMP beispielsweise für die Rechte von Obdachlosen demonstrieren und anschließend eine Woche mit einem FIDESZ-Abgeordneten in dessen Wahlkreis verbringen.

Rege Debatten in wechselnden Sprachen

Überrascht waren meine Mitstipendiaten und ich auch immer wieder aufs Neue von der Diskussionsfreudigkeit unserer Ge-

sprächspartner. So konnten wir mit der weit rechts stehenden Jobbik über Homosexualität und Antisemitismus ebenso angeregt diskutieren wie mit FIDESZ über Migration und Bildungspolitik oder den Grünen über Umweltschutz. Hinsichtlich der Sprache ist anzumerken, dass Kenntnisse des Ungarischen ein Vorteil, aber nicht unbedingt nötig sind. Für besondere Termine wie Treffen mit den Spitzen des Parlaments oder anderen Würdenträgern wurde in der Regel eine Dolmetscherin beigezogen. Grundsätzlich sind neben Deutsch aber sehr gute Englischkenntnisse wünschenswert, um einen Mehrwert aus den Parlamentsdebatten und Gesprächen ziehen und sich aktiv beteiligen zu können.

Fokus Budapest

Etwas kritisch sehe ich, dass das Programm leider sehr budapestzentriert ist. Das entspricht dem zentralistischen Staatsaufbau, ist aber trotzdem schade, da die Hauptstadt und der Rest des Landes nicht selten zwei komplett unterschiedliche Welten sind. Man kann Ungarn wohl nicht wirklich verstehen, wenn man nicht beide Seiten zumindest einmal gesehen hat. Hier ist dann Eigeninitiative gefragt um weiterer Städte besuchen zu können. Abschließend ist zu sagen, dass ich für mich die anfangs aufgeworfene Frage nach dem Zustand der ungarischen Demokratie beantworten konnte. Wer dies ebenso tun möchte, sollte sich für das nächste Programm im Jahr 2017 bewerben. Es lohnt sich. ■

„Frauen und Transitionen in Nordafrika:

Was die Umbrüche den Frauen brachten – Chancen und Risiken“



© Imen Nefzi

Von Imen Nefzi, Alumna des IPS-Sonderprogramms für arabische Staaten 2013 und Teilnehmerin an der Alumnikonferenz 2016 in Tunis

Frauen und Gleichberechtigung ist nicht nur heute ein Thema, sondern wird auch weiterhin in Nordafrika und im Nahen Osten für politische und vor allem auch gesellschaftliche Diskussionen sorgen. Nach den Umbrüchen in den arabischen Ländern intensivierten sich die Debatten über Frauenrechte und Frauenbewegungen in dieser Region, da zum einen ein Hauptakteur der Aufstände und Protestbewegungen von 2011 Frauen waren und zum anderen ihre Rechte in den folgenden Transformationsprozessen durchaus auch in Frage gestellt wurden. In diesem Zusammenhang organisierten die IPS-Alumni in Tunesien in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (Auslandsbüro Tunesien und das Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer) und der Deutschen Botschaft in Tunis vom 07. bis zum 09. April 2016 die erste Alumni-Konferenz in Nordafrika. 26 IPS-ler (15 aus Tunesien, 4 aus Marokko, 3 aus Algerien und 4 aus Ägypten) haben an der Konferenz teilgenommen.

Es wurde auf der Konferenz die Situation der Frau im Maghreb und Ägypten untersucht und evaluiert. Übergreifende Fragen wie etwa die Stellung der Frau im sozialen, politischen und ökonomischen Bereich wurden diskutiert. Im Fokus standen dabei die historischen und aktuellen Entwicklungslinien zwischen Fortschritt und Repression, die Errungenschaften nach den Umbrüchen 2011 sowie die Instrumente, um wirkliche Gleichberechtigung zu fördern.

Als Gast nahm MD Prof. Dr. Ulrich Schöler, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen (Verwaltung Deutscher Bundestag) sowie Dr. Hardy Ostery, der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien und Algerien teil.

Die Konferenz war thematisch strukturiert und kombinierte Theorie und Praxis. Durch Input-Vorträge von Vertretern der politischen Stiftungen (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung) sowie von den IPS-lern wurden wichtige Einblicke in Zahlen und Daten gegeben, Fragen und Probleme zur Stellung der Frau auf verschiedenen Ebenen im arabischen Raum sowie Instrumente zur Förderung der Geschlechtergleichstellung diskutiert.

Ergänzt wurden die Workshops von einer Diskussionsrunde, die ausgehend von den Ereignissen

der Silvesternacht in Köln, die Rolle der Geschlechter in Deutschland und im arabischen Raum diskutierte. Ein Fokus wurde dabei auf mögliche Konsequenzen gelegt, wie sich durch die Begegnung der beiden Kulturkreise – etwas im Rahmen der gegenwärtigen Flucht- und Migrationsbewegungen – zunehmend ergeben. Prof. Dr. Ulrich Schöler eröffnete die Debatte mit einem Impulsvortrag über die in Deutschland vorherrschende Einordnung der Ereignisse des vergangenen Silvesters, als in Köln und andernorts Frauen von Männern überwiegend nordafrikanischer Herkunft attackiert und zum Teil schwerwiegend sexuell genötigt wurden.

Die dreitägige Konferenz umfasste neben den Workshops auch Studienbesuche, die den Praxisbezug des Themas anschaulich herstellten und eine Diskussion mit gesellschaftlichen und politischen Akteuren ermöglichte. Den Höhepunkt stellte dabei der Empfang beim tunesischen Staatspräsident Béji Caïd Essebsi dar.

Abschließend haben die IPS-ler den Inhalt und den Ablauf der dreitägigen Konferenz in Tunis besprochen. Nicht zuletzt mit Blick auf die sehr positive Evaluation wurde vereinbart, auch im nächsten Jahr die Organisation eines Regionaltreffens anzustreben, für das Marokko als Zielland vorgesehen ist. ■

Unser Treffen mit Vizepräsidentin Claudia Roth im April 2016 in Kairo



Von
Mohammed
Elgharaky,
IPS-Jahrgang
2014

© Mohammed Elgharaky

Empfang in der Deutschen Botschaft in Kairo:

Vizepräsidentin Roth hat uns alle herzlich willkommen geheißen und sich und die Teilnehmer vorgestellt. Die anderen Gäste waren aus verschiedenen kulturellen und Berufs-Hintergründen. Die Gäste waren unter anderem Verantwortliche über die Kontrolle und Überwachung des Ausbildungssystems in den Deutschen Schulen in Ägypten, politische Aktivisten und Mitarbeiter aus der Deutschen Botschaft in Kairo, sowie auch Mitstipendiaten und Mitstipendiatinnen des IPS-Programms 2014, 2015 und 2016.

Erste Runde der Diskussion:

Vizepräsidentin Roth fing die Diskussion damit an, uns über Ihren Besuch nach Ägypten und dessen Zweck zu erzählen, bzw. die Aktivitäten, die Sie im Rahmen dieses Besuchs bisher unternommen hat. Sie wollte von uns zuerst als vorherige Stipendiaten mehr darüber wissen, wie unsere Erfahrung in dem deutschen Parlament aussah und in welchem Abgeordnetenbüro unser Praktikum war. Wir haben eins nach dem anderem über unse-

re einzelne Erfahrung erzählt und wie es unsere Aktivitäten nach dem Stipendium geprägt hat. Manche waren total mit dem Praktikum in dem Abgeordnetenbüro zufrieden und die anderen haben Ihre Unzufriedenheit mit den Aktivitäten während dieses Praktikums geäußert.

Thema der zweiten Diskussionsrunde: Die aktuelle Lage in Ägypten

Jeder hat kurz über seine Meinung zu der aktuellen Lage in Ägypten gesprochen. Die meisten waren sich einig, dass die Situation kompliziert ist. Wir haben zu unseren Berufserfahrungen berichtet und uns über das Bildungssystem und Öffentlichkeitsarbeit ausgetauscht.

Ein anderes Thema war die Infrastruktur des Landes, z.B. die Wasserversorgung. "Wie kann es uns gut gehen, wenn die meisten ober-ägyptischen Dörfer keine gute

Wasserleitung haben. Die Leute kämpfen ums Überleben, nicht ums Leben" Das war der Kommentar eines Teilnehmers, der aus Oberägypten kommt.

Zum Schluss: " Dankeschön"

Am Ende des Treffens hat sich Vizepräsidentin Roth für unsere Teilnahme, sowie auch die Teilnahme der anderen Teilnehmer bedankt.

Eindruck eines ehemaligen Stipendiaten:

Ich bin ein ehemaliger IPS-Stipendiat 2014. Mein Praktikum war im Büro von Vizepräsidentin Roth, was nur eine Woche dauerte. Mich hat es überrascht, wie Frau Roth und ihr Mitarbeiter Ali Mahdjoubi mich immer noch wie ein Mitglied der Familie behandeln und sich noch an vieles erinnern, was in dieser Woche passiert ist. ■



© Mohammed Elgharaky

Treffen ehemaliger Stipendiaten mit Vizepräsidentin Roth in Kairo im April 2016

Nach dem IPS

Bericht einer Alumna des Sonderprogramms arabische Staaten



Von
Alaa Omari,
Teilnehmerin am
IPS-Sonder-
programm Arabi-
sche Staaten
2015
(Stand: 5/2015)

Ein Jahr nach meiner Teilnahme am IPS-Sonderprogramm für die arabischen Staaten arbeite ich nun bei Action Aid Denmark. Meine Abteilung nennt sich „People4change“ (Leute für Veränderung). Ich arbeite als regionale Leiterin des Programms „Local Governance“. Daraus ergibt sich, dass ich in fünf Ländern (Palästina, Tunesien, Libanon, Ägypten und Jordanien) gleichzeitig arbeite, mein Hauptarbeitsplatz befindet sich aber in unserem regionalen Büro in Amman (Jordanien). Das „Local Governance“ Programm konzentriert sich auf die jungen Leute, die viel Energie, Kraft und wertvolle Fähigkeiten besitzen, um Dinge zu verändern. Denn wir glauben, wenn die jungen Leute motiviert werden; dann ist das halbe Problem gelöst.

Um dies zu erreichen unterstützen wir auch Partnerorganisationen die unsere Arbeit thematisch fördern. Wir bei Action Aid konzentrieren uns dabei vor allem auf Nachhaltigkeit; deshalb ist es uns wichtig, dass unsere Investitionen zu Wachstum und zu Weiterentwicklungen führen.

Was wir erreichen möchten ist mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Transparenz, mehr Verantwortlichkeit und besserer Zugang

zu Informationen. Aus unserer Perspektive heißt Demokratie, dass wir die Option haben; etwas zu machen oder zu sagen. Zu bestimmen, wer uns regiert, wen wir wählen und das umfasst auch wie das politische System funktioniert. Die internationalen und lokalen Verbindungen und die Ressourcen. Alles was uns als Menschen berührt.

Unser Ziel ist, dass junge Leute die Freiheit haben, ihre Meinungen laut zu vertreten, und dies ist meiner Meinung nach die größte Herausforderung. Denn der Prozess der Veränderung dauert lange, er ist nicht einfach und es braucht viel Geduld dafür zu kämpfen. Unsere Länder – die arabischen Länder – haben viele Probleme, und das größte, glaube ich, liegt bei den Regierungen.

Es gibt Möglichkeiten; unsere Lebensweise zu ändern, zum einen durch uns als Gesellschaft, zum anderen ist aber auch unsere Regierung in hohem Maß dafür verantwortlich

In manchen Regionen gibt es Gesetze, welche den Befreiungsprozess der Leute blockieren oder einschränken. Wer die Regierung kritisiert, wird dort einfach unter Arrest gestellt - Einfach weggesperrt! - und niemand darf nach den Gefangenen fragen.

Solche Situationen sind sehr kompliziert und alleine über Demokratie zu sprechen, wird dadurch schon sehr schwierig.

Allerdings ist die politische Ausgangssituation sehr unterschiedlich, in Tunesien ist die Lage nach dem so genannten

„Arabischen Frühling“ ziemlich stabil, aber die Lage im gesamten mittleren Osten ist himmelweit davon entfernt. In Tunis haben wir mehr Möglichkeiten und mehr Raum etwas zu verändern. Das politische System und die damit einhergehenden aktuellen Gesetze haben einen sichtbaren Fortschritt erlaubt. Das sieht man praktisch daran, dass die Arbeit des Parlaments immer öfter offen zugänglich ist und man in die Protokolle des tunesischen Parlamentes Einsicht nehmen darf. Dieses neue System bringt natürlich mehr Freiheiten und Möglichkeiten für die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen mit sich und sie können aktiver in diesem Bereich sein. Relativ gut ist, dass was wir über die Situation insgesamt berichten können; aber wir müssen noch viel mehr erreichen.

Weit von Tunesien entfernt ist beispielsweise Ägypten; dort ist die Situation genau umgekehrt. Die Revolution von 2011 hat im Grunde nichts verändert und die Situation ist für manche Leute sogar schwieriger geworden.

Ich mag meine Arbeit sehr. Auf der einen Seite fühle ich mich sicher, da ich das, was ich studiert habe, jetzt praktisch umsetzen kann, auf der anderen Seite weiß ich, dass meine Arbeit eine große Gelegenheit darstellt, um etwas zu entwickeln, besonders da ich mehr als Andere die Verantwortung habe, unser Leben zu verbessern. Meine Arbeit gibt mir jeden Tag eine Chance; irgendwo etwas zu verändern und zu verbessern und sie macht mich stolz. ■

Ein menschlicher Besuch



Von
Sara Halimi,
Teilnehmerin
am IPS-
Sonderpro-
gramm Arabi-
sche Staaten
2016

Dank IPS hatte ich die Möglichkeit, mich mit verschiedenen wichtigen Persönlichkeiten treffen zu dürfen, an vielfältigen Veranstaltungen und Workshops teilnehmen zu können, und vor allem zahlreiche interessante Orte zu besichtigen.

Von denen nenne ich das Denkmal der ermordeten Juden Europas, das sich in der Mitte Stadt Berlins befindet. Diese Architektur, die von dem US-amerikanischen Architekt Peter Eisenman geplant war, hat mich sehr berührt. Das war ein symbolischer Ort, der offen für alle Nationalitäten und Rassen ist. Als ich das Denkmal besichtigte, hatte ich gemischte Gefühle.

Gemischte Gefühle

Einerseits hatte ich Mitleid für das Schicksal meiner Geschwister in Menschlichkeit, die Juden, die bedauerlicherweise zu der grausamsten und tragischsten sowie unmenschlichsten Destination überhaupt geführt worden sind. Andererseits ein großer Respekt für Deutschland, das die Verantwortung für die Vergangenheit immer noch trägt, und das einer Erinnerungskultur folgt, damit die künftigen Geschlechter Judens Vergangenheit auch erfahren können.

Es reicht, Mensch zu sein!

Unter dem Stelenfeld gibt es eine Ausstellung. Die Bilder, die ich dort gesehen habe, haben mir weh

im Herzen getan. Ganz besonders ein Bild, wo nackte Frauen auf dem Boden liegen, und auf die geschossen wurde!

Beim Betrachten habe ich mich an ihrer Stelle vorgestellt! Was für ein schreckliches, entwürdigendes Gefühl!

Genau in dem Moment habe ich herausgefunden, dass man nicht unbedingt Jude sein muss, um das Leid für die Ermordung von ungefähr 6 Millionen unschuldigen Kindern, Frauen und Männern zu spüren! Es reicht schon Mensch zu sein!

Tränen fließen

Sowohl im Stelenfeld als auch im Ort der Informationen waren viele Besucher aus verschiedenen Nationalitäten anwesend. Das war sehr emotional für viele, die ihre Verwandten im Holocaust verloren haben. Dort fließen täglich viele Tränen – kein Wunder! Es ist auch sehr viel Blut geflossen.

Zu erfüllende Träume

Beim Betrachten der Augen der großformatigen Gesichter in der Ausstellung sieht man Menschen voller Leben und Energie, bestimmt hatten sie auch zu erfüllende Träume. Aber die nationalsozialistische Terrorpolitik hatte diesen Opfern und ca. 6 Millionen keine Chance gegeben.

Das Leid vereint uns

Dieser Besuch hat mir dabei geholfen, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Denn Menschen teilen verschiedene Gefühle zusammen. Aber vielleicht nichts vereint uns mehr wie das Leid!

Das Leid anderer Menschen zu spüren, ist eine menschliche Eigenschaft, die jeder in seinem Leben probieren muss.

Die Schönheit der Vielfalt

Meiner Meinung nach wäre es sehr schön, wenn mehr Araber und Muslime solche Orte besuchen, dann könnte vieles geändert werden. Ganz besonders bei denen, die glauben, dass die Vielfalt ein Hindernis ist. Diese Menschen müssen ihren Herzen die Chance geben, die Schönheit der Vielfalt zu erkennen.

Alles ist anders geworden

Als ich aus dem Denkmal herausgegangen bin, habe ich festgestellt, dass es heutzutage anders ist, Juden sind überall in Berlin, frei, sie sind in der deutschen Gesellschaft integriert. Trotzdem hoffe ich auf mehr Frieden gegenüber Juden, ganz besonders in den arabischen Ländern, wo man sie immer noch als Feinde betrachtet.

Menschen nach Rassen sortieren

Ich glaube tief dran, dass die Vielfalt nie ein Problem war, sondern eine Bereicherung für die menschliche Persönlichkeit, denn in unserem entwickelten Weltraum dürfen wir gar nicht mehr Menschen nach Rasse, Religion oder Herkunft sortieren. Durch das Denkmal leben noch ca. 6 Millionen ermordete Juden nicht nur in unserem Herzen und Gedächtnis, sondern auch im Alltag der Einwohner und Berlin-Besucher. ■



Mein Praktikum bei Frau Annette Groth, MdB, Fraktion DIE LINKE.



© Noor Al-Haymoni

Von
Noor Al-
Haymoni,

Teilnehmerin am IPS-
Sonderprogramm Arabische Staa-
ten 2016

Im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendium 2016 (IPS) habe ich ein Praktikum bei der Linken-Abgeordneten Annette Groth absolviert. Es hat 5 Tage, vom 19. bis zum 23. September 2016 gedauert, was leider zu kurz war, um sich in die Arbeit der Abgeordneten zu vertiefen, die für die Bereiche Menschenrechte, Nahost und Minderheitenrechte zuständig ist. Dazu gehören natürlich die Muslime in Deutschland, die Kopftuchdebatte in der deutschen Gesellschaft und die kopftuchtragenden Frauen bei der Arbeit, insbesondere in Kindergärten und an öffentlichen Schulen.

Während des Praktikums habe ich an Ausschüssen und Sitzungen der Partei DIE LINKE. teilgenommen. In einer Sitzung ging es um die Menschenrechte in der Welt, u.a. die aktuelle humanitäre und Sicherheitslage in Syrien.

Außerdem hatte ich die Chance, die Arbeit der Abgeordneten durch die Sitzungen näher kennen zu lernen, die oft so lange dauern können, bis Kompromisse gefunden

werden, d.h. in der gleichen Partei werden die verschiedensten Aspekte aus mehreren Perspektiven betrachtet. Die Abgeordneten vertraten derart unterschiedliche Meinungen, dass es am Anfang für mich so aussah, als ob die Standpunkte von anderen Parteien geäußert würden.

Ich habe vor Ort gesehen, was wirklich die Basis und die Säule der demokratischen Praxis sind, nämlich das Zuhören, das Verstehen und das gegenseitige Akzeptieren der Anderen und deren Meinungen, um Mittelwegelösungen zu finden.

Zudem konnte ich im Praktikum die Arbeit im Büro der Abgeordneten näher kennenlernen. Dort sind Mitarbeiter tätig, die in verschiedenen Fächern spezialisiert sind, wie zum Beispiel Wirtschaft und Politik des Nahen Osten.

Die Linke-Abgeordnete Annette



© Noor Al-Haymoni

Groth betreute außer mir gleichzeitig auch eine 19-jährige Deutsch-Türkin, die gerade das Abitur gemacht hatte und sich für die parlamentarische Arbeit interessierte. Das hat mir sehr gut gefallen und dadurch lernte ich den deutschen Bundestag zu schätzen, der jungen Menschen die Gelegenheit bietet, vor dem Studium in seinen Büros tätig zu werden und das parlamentarische Leben näher und besser kennenzulernen. Solche Möglichkeiten stehen Jugendlichen in der arabischen Gesellschaft kaum zur Verfügung.

Ich möchte noch betonen, dass die Teamarbeit, in der Fachleute, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Praktikantinnen und Praktikanten und selbstverständlich der/die Abgeordnete involviert sind, als die wichtigste Basis für die Tätigkeit erfolgreicher Abgeordneten gilt, unabhängig davon, ob sie sich in ihren Wahlkreisen, Ausschüssen, Plenarsitzungen mit anderen politischen Parteien befinden.

Ich muss aber auch sagen, dass ich mich manchmal traurig gefühlt habe, als ich immer wieder den folgenden Satz gehört habe „und damit ist der Antrag abgelehnt“, wenn die Linke einen Antrag präsentiert und andere Parteien darüber abstimmen sollten. Weil die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD die Ausschüsse dominieren, wurden alle Anträge der Oppositionsfraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Deswegen sollte der Abgeordnete geduldig und flexibel

sein. Außerdem sollte er auch die Ablehnung akzeptieren und nicht aufgeben oder sich zurückziehen.

Besucht habe ich auch eine Plenarsitzung über Religionsfreiheit in Deutschland. Darin wurde über die kopftuchtragenden Frauen und ihre Arbeitschancen im Bereich Bildung und im öffentlichen Dienst debattiert.

Beindruckt hat mich zudem die Bescheidenheit der Abgeordneten, wenn sie zum Beispiel von einem Gebäude zum anderen zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren.

Wir haben zusammen in einem Restaurant zu Mittag gegessen und uns bei den Gesprächen geduldet. Ich hatte das Gefühl, dazu zu gehören. In den Gesprächen ging es oft um die aktuelle Lage im Nahen Osten und das demokratische Leben dort und die Frage, wie man Demokratie im jordanischen Königreich erreichen könnte. Anlass dazu war die zu dieser Zeit in Jordanien stattfindende Parlamentswahl für die 18. Wahlperiode. Meine Fragen an Frau Groth und ihre Mitarbeiter

und Mitarbeiterinnen bezogen sich hingegen auf ihr eigenes Programm und die Bearbeitungsmöglichkeiten aktueller Debatten wie zum Beispiel die Demonstration gegen CETA und TTIP.

Im Grunde war das Praktikum im deutschen Bundestag, trotz der Kürze, sowohl auf persönlicher als auch auf professioneller Ebene eine bereichernde Erfahrung. ■

Hauptgewinn

Empowerment für eine plurale Gesellschaftspolitik



© Caroline Assad

Von Caroline Assad,
Teilnehmerin am IPS-
Sonderprogramm Arabische Staaten 2016

Deutschland wie nie zuvor erlebt

Auch wenn das Internationale Stipendium im Deutschen Bundestag nicht meine erste Erfahrung in Deutschland war, war es dennoch das erste Mal, dass ich Deutschland so erlebe. So, bedeutet auf der Ebene, so nah dran an dem politischen Leben, an den Entscheidungs- und Gesetzgebungsmechanismen.

In der Zivilgesellschaft tätig - was macht währenddessen die Politik?

Meine Hauptmotivation, mich für das Stipendium zu bewerben, bestand darin, die politische Ebene kennenzulernen. Die politische Ebene von Konflikten besser zu verstehen. Herausforderungen und Chancen für zivilgesellschaftliche Organisationen in politischen Prozessen zu erfahren.

Das Kennenlernen arabischer Peers

Ein weiterer Aspekt, mich für das IPS Programm zu bewerben, bestand darin, anderen Peers aus arabischen Staaten zu begegnen, die sich gesellschaftspolitisch in ihren Ländern engagieren bzw. engagieren wollen. Tatsächlich waren Begegnungs- und Dialogmöglichkeiten innerhalb sowie außerhalb des Programms vielfach

vorhanden. Themen wie Religionsfreiheit, Korruption, LGBTQ-Rechte in unseren unterschiedlichen arabischen Ländern waren stark diskutierte Themen. Alle Themen wurden respektvoll behandelt, auch wenn es nicht immer einfach war, gemeinsame Nenner dabei zu erreichen.

Dialogmöglichkeit und Oppositionsrechte

Diese Dialogmöglichkeit ergibt sich nicht immer als Selbstverständlichkeit in vielen arabischen Ländern. In Ägypten sind die Transformations- und Demokratisierungsprozesse sehr intensiv und komplex seit dem arabischen Frühling. Seitdem das Mubarak Regime und daraufhin die Muslimbruderschaft gestürzt wurde, erlebt Ägypten auf nationaler Ebene erhebliche Gefahren vor allem an der Sinai-Grenze, durch den sogenannten IS-Staat.

Im Angesicht der turbulenten und der brutalen Ereignisse in Syrien, Jemen, Irak und Libyen, alles arabische Nachbarstaaten Ägyptens, macht die ägyptische Regierung sehr viel, um die Bevölkerung zu schützen und noch viel mehr kann erreicht werden in Richtung Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit.

Empowerment für die Zukunft

Meine Hauptgewinne aus dem Internationalen Parlamentsstipendium sind die Energie und der Mut zu weiterem Engagement, die ich gespürt habe und weiterhin spüre und nachgehen möchte. Konkret hat mir das Projektmanagement eine sehr realistische Möglichkeit gegeben, mit Bildungsprojekten in Ägypten und den Nachbarstaaten anzusetzen. Dieses Ziel möchte ich



© Caroline Assad

Unterabteilungsleiter „Internationale Beziehungen“ Prof. Rickes mit Alumni des Sonderprogramms 2016

weiterverfolgen. Angesichts der Hetze und der neuerlich wieder populär gewordenen Rechten wird es unabdingbar, diesen etwas gegenüberstellen. Mit Bildung, also mit Schulen und Hochschulen, können wir sehr gut dazu beitragen, dem Extremismus, egal in welcher Richtung

etwas entgegenzusetzen. Bildung und Gesellschaften der Pluralität sind etwas, wofür wir uns anstrengen sollten. ■

Eindrücke aus dem IPS-Programm Arabische Staaten 2016



© Montasser Ben Salem

Von
Montasser
Ben Salem,

Teilnehmer am IPS-Sonderprogramm Arabische Staaten 2016

Ein besseres Erlebnis hätte ich mir nicht gewünscht. Das Ganze begann mit einer Bewerbung um ein

Stipendium und endete mit einer anhaltenden Bewunderung. Es handelt sich dabei um das IPS-Programm für die arabischen Staaten. Der Name und der Gründer des Programms verrät schon Vieles über die gestellten Ansprüche. Dennoch kann nur eine aktive Teilnahme am Programm und ein Mitmachen bei allen in ihm beinhalteten Tätigkeiten ein Kennenlernen einer für die meisten Araber fremden Welt möglich machen, der der wirklichen Demokratie.

Im Rahmen dieses Beitrags werde ich mit Sicherheit den Besonderheiten und Details des Programms nicht umfassend gerecht. Dennoch werde ich einige Punkte zu beleuchten versuchen, die in meiner Erinnerung für immer verankert bleiben.

Die Organisation, von der menschenwürdigen Unterbringung der Teilnehmer, über die nette Begleitung für die Dauer des Aufenthalts bis zu der Unterstützung, war ein Erfolg. Die vielen Workshops und

Sitzungen waren eine große Bereicherung und haben die Erwartungen übertroffen.

Einen ganzen Monat im Bundestag, im deutschen Parlament, war traumhaft. Das Gefühl bei der Rückgabe der Ausweise war unbeschreiblich. Man hatte das Gefühl, er werde eine Welt für immer verlassen, die Welt der Macht.

Das Erleben des Alltags im Büro eines Abgeordneten stellte eine Gelegenheit dar, die Abläufe der politischen Arbeit aus der Nähe zu betrachten. Eine neue Welt öffnet sich. Die Welt der Kunst des Möglichen. Hier wird wie im Bienenstock gearbeitet. Logistische sowie

wissenschaftliche Vorbereitung stehen auf der Tagesordnung.

Der Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und die ausführliche Vorstellung der geschichtlichen Hintergründe haben einen nachhaltigen Beitrag zu einem besseren Verständnis der deutschen Haltung gegenüber Israel geleistet. So zum Beispiel am Wannsee, einem Ort zum Entspannen und Nachdenken, genauer gesagt im Haus der berühmten Wannseekonferenz, im Rahmen derer die Organisation und das Koordinieren des Holocausts an den Juden im Detail beschlossen wurde. Eine sehr schöne Lage mit verheerenden Folgen für das

Selbstverständnis der Deutschen nach 1945. Die intensiven und fachlich geführten Gespräche haben in großem Maß meinen Wissensdurst gestillt.

In einem Wort: Das IPS-Programm stellt eine Zäsur im positiven Sinne dar. Eine Zäsur, die mich bzw. die Teilnehmer sicherlich zum Umdenken bewegt. Mit den neuen erworbenen Eindrücken gehe ich zurück nach Hause und versuche mich stärker für mehr Demokratie, Partizipation in Tunesien einzusetzen. ■

IPS-Kolloquium 2017

In diesem Jahr findet das Kolloquium von Dienstag, den 30. Mai 2017 (Anreisetag), bis Freitag, den 2. Juni 2017 (Abreisetag) statt. Den Abschluss bildet am Donnerstagabend der Empfang der Präsidenten mit den Ländertischen der Stipendiatinnen und Stipendiaten des Jahrgangs 2017. Dort und auch während des Kolloquiums kommen die am Kolloquium teilneh-

menden Alumni mit den diesjährigen Stipendiaten zusammen. Aus jedem am IPS teilnehmenden Land kann in diesem Jahr eine Alumni Person am Kolloquium teilnehmen. In Ländern mit Alumni-Verein benennt dieser die Teilnehmerin/den Teilnehmerteilnehmende Person. Andernfalls stimmen sich die Alumni eines Landes ab, wer von ihnen am Kollo-

quium teilnimmt. Klar ist, dass der Auswahl immer ein demokratischer Prozess zugrunde liegt. Die Teilnehmer sollten müssen WI 4 bis spätestens 30. April 2017 WI 4 (ips@bundestag.de) benannt werden. Eine Einladung an die Alumni-Vereine und die den Deutschen Botschaften bekannten Alumni folgt noch.

Bundesversammlung

Der nächste Präsident heißt ...



Am 12. Februar werden nicht nur Politiker, sondern auch Künstler, Fußballer oder Olympiasieger im Bundestag sitzen. Warum das? Weil sie als Wahlfrauen und Wahlmänner in die sogenannte Bundesversammlung entsandt werden. Ihr Job: Die Wahl des Bundespräsidenten.

Deutschland wählt bald einen neuen Bundespräsidenten. Doch anders als etwa in Österreich wird er nicht direkt vom Volk gewählt. Hierzulande entscheidet die Bundesversammlung, wer das Staatsoberhaupt werden soll – und zwar am 12. Februar 2017.

Was ist das?

Bundesversammlung – nie gehört, was ist das denn für ein Gremium, mag der ein oder die andere denken. Das ist eine ziemlich große Sache – sowohl was die Anzahl der Versammelten betrifft als auch in Bezug auf den Aufwand. Im Normalfall treffen sich alle fünf Jahre sämtliche Bundestagsabgeordneten (momentan 630) und ebenso viele Vertreter der Bundesländer, um den neuen Bundespräsidenten zu wählen.

Im Februar 2017 wird die Versammlung deshalb über 1200 Mitglieder zählen. Die Vertreter der Länder werden von den Landespar-

lamenten gewählt. Wie viele Vertreter jedes Land in die Versammlung schicken darf, errechnet sich anhand seiner Bevölkerungszahl. Die Vertreter können nicht nur Landtagsabgeordnete oder Kommunalpolitiker sein, sondern auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie zum Beispiel Künstler, Fußballer oder Olympiasieger.

Elf Parteien wählen mit

Dieses Mal dürfen elf Parteien Abgesandte in die Bundesversammlung schicken – und damit deutlich mehr, als derzeit im Bundestag vertreten sind (vier). Maßgeblich sind die Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen. Parteien, die dort viele Sitze innehaben, dürfen daher mehr Abgesandte schicken als jene, bei denen es nur wenige Abgeordnete sind. Die genaue Zahl an Delegierten wird erst kurz vor der Wahl durch die Bundesregierung ermittelt.

Geheim ist geheim

Die Wahl des Bundespräsidenten findet geheim statt. Im ersten und zweiten Wahlgang benötigt ein Kandidat die absolute Mehrheit, das heißt mehr als die Hälfte der Stimmen aller Mitglieder der Bundesversammlung, um die Wahl für sich zu entscheiden. Erreicht im ersten oder zweiten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit, ist ab dem dritten Wahlgang eine relative Mehrheit für einen Wahlsieg ausreichend.

Mehr Stühle bitte!

Jedes Mitglied der Bundesversammlung kann Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen. Gewählt werden kann jeder deutsche Staatsbürger, der das 40. Lebensjahr vollendet hat. Ort der Wahl ist das Reichstagsgebäude in Berlin. Da hier sonst nur 630 Menschen im Plenarsaal Platz finden müssen, zur Bundesversammlung aber doppelt so viele, werden die Stühle ausgetauscht. Das ist aber längst nicht



© DPT / Lichtblick/Achim Meide

Alles muss raus: Für die Bundesversammlung muss die Bestuhlung im Reichstagsgebäude fast komplett ausgetauscht werden.

alles, das Event ist ein organisatorischer Kraftakt. Rund zwei Dutzend Bundestagsreferate sind an den Vorbereitungen beteiligt.

Komplizierte Kandidatensuche

Die momentane Mehrheitsverteilung in der Bundesversammlung machte die Suche nach einem geeigneten Nachfolger für den derzeitigen Bundespräsidenten Joachim Gauck lange Zeit kompliziert. Denn nach derzeitigen Berechnungen hätte keine Partei eine Mehrheit für einen eigenen Kandidaten. Ein schwarz-gelbes Bündnis aus CDU, CSU und FDP (die zwar nicht im Bundestag, aber in diversen Landtagen vertreten ist) hätte nur für eine relative Mehrheit, nicht für eine absolute Mehrheit, gereicht.

Gleiches gilt für ein rot-rot-grünes Bündnis aus SPD, Grünen und Linken. Auch dieses Bündnis hätte

erst im dritten Wahlgang eine Chance. Um im ersten oder zweiten Wahlgang einen Präsidenten zu wählen, müsste also entweder ein gemeinsamer Kandidat von CDU und Grünen her oder aber einer von der Großen Koalition (also von CDU/CSU und SPD).

Steinmeier for president

Nach langen Diskussionen haben sich SPD und CDU/CSU auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt: Frank Walter Steinmeier (SPD), bis vor wenigen Tagen noch Außenminister. Erhält er alle Stimmen der ihn unterstützenden Parteien, wird er wohl ins Schloss Bellevue einziehen.

Die Linke bringt mit dem Armutsforscher Christoph Butterwegge einen eigenen Kandidaten in Stellung. Eine Chance hat Butterwegge kaum, genauso wenig wie der Ex-CDU-Mann Albrecht Glaser,

der wohl für die AfD ins Rennen geht, oder der Fernseh-Richter Alexander Hold, den die Freien Wähler aufstellen wollen.

Wer mehr über das Amt des Bundespräsidenten wissen möchte, findet in diesem Newsletter den Aktuellen Begriff zum Thema.

Ein Video zur Bundesversammlung gibt es hier:

<http://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7054376#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheQ==&mod=mediathek>
(lw/ah)

Unser Topthema zur Bundesversammlung gibt es online unter http://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_bundestag/Bundesversammlung_2017/Bundesversammlung/index.jsp



Das Jugendportal des Deutschen Bundestages

Politik verstehen: www.mitmischen.de

Ob Regeln für das Internet, Umweltschutz oder Flüchtlingspolitik – Gesetze werden im Bundestag gemacht. **www.mitmischen.de** ist das Jugendportal des Deutschen Bundestages. Dort finden sich verständliche Texte zu aktuellen politischen Themen und rund um den Alltag der Abgeordneten. Es gibt Reportagen, Interviews, Umfragen, Pro- und Contra-Texte, Fotos und Videos von jungen Medienmachern. Mit einem unterhaltsamen Quiz kann jeder sein politisches Wissen testen.

Das Jugendportal des Bundestages ist die Quelle, wenn es um Hintergrundinformationen zum deutschen Parlamentarismus und die neuesten Gesetze geht. Klar und verständlich sind im Lexikon selbst die kompliziertesten politischen Begriffe erklärt. Ob Workshops, Seminare oder Planspiele - auf [mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) finden sich auch Informationen über Angebote des Bundestages für Jugendliche.

Die Autoren sind meist nicht viel älter als die Leser. Das Portal richtet sich an Jugendliche ab zwölf Jahren und junge Erwachsene. Wer selbst Autor werden möchte, kann sich gerne in der Redaktion melden (redaktion@mitmischen.de).

Keine Neuigkeit von [mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) verpassen? Mitmischen.de bei Facebook: <https://www.facebook.com/mitmischende>

Aktueller Begriff der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages

Der Bundespräsident

Nr. 30/16 (23. Dezember 2016)

© 2016 Deutscher Bundestag

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung.

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland und protokollarisch ihr höchstes Verfassungsorgan. Er ist nicht Teil der Bundesregierung und – anders als etwa der französische Präsident – kein regierender Präsident. Teils wird er der vollziehenden Gewalt zugerechnet, teils keiner der drei Staatsgewalten. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Amtes ist geprägt von den Erfahrungen der Weimarer Republik. Der Reichspräsident der Weimarer Reichsverfassung von 1919 war mit weiter reichenden Kompetenzen ausgestattet: Vom Volk direkt gewählt bildete er ein Gegengewicht zum Reichstag, den er jederzeit auflösen konnte. Ebenso konnte er den Reichskanzler und dessen Kabinett ohne Beteiligung des Parlaments ernennen und ent-

lassen. Das sogenannte Notverordnungsrecht wies ihm im Ausnahmezustand umfassende Machtbefugnisse zu. Auf diesem Weg erließ Reichspräsident Hindenburg 1933 die sogenannte Reichsbrandverordnung. Der Bundespräsident wird nach Art. 54 des Grundgesetzes (GG) von der Bundesversammlung gewählt, die vom Präsidenten des Bundestages einberufen und geleitet wird. Sie besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und ebenso vielen Wahlfrauen und Wahlmännern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Am 12. Februar 2017 wird die 16. Bundesversammlung zur Wahl eines neuen Bundespräsidenten im Reichstagsgebäude zusammenreten. Wählbar ist jeder Deutsche, der das 40. Lebensjahr vollendet hat. Mit Amtsübernahme muss der Bundespräsident alle anderen amtlichen, beruflichen oder gewerblichen Tätigkeiten aufgeben (Art. 55 GG). Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre; eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Vorzeitig kann das Amt durch Rücktritt enden oder – wozu es noch nie kam – infolge einer Präsidentenanklage durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Art. 61 GG). Dem Bundespräsidenten werden zumeist drei Funktionen zugeschrieben: die Repräsentations-, die Integrations- und die Reservefunktion. Zur Re-

präsentationsfunktion zählt die völkerrechtliche Vertretung des Bundes nach außen, die nach Art. 59 Abs. 1 GG allein dem Bundespräsidenten zusteht. In der Praxis bevollmächtigt der Bundespräsident den Bundeskanzler oder einen Minister zur Abgabe von völkerrechtlich verbindlichen Erklärungen. In seiner staatlichen und gesellschaftlichen Integrationsfunktion soll der Bundespräsident das Zusammenwirken der Verfassungsorgane fördern und einen nationalen Konsens über grundlegende Werte herstellen. Damit eng verknüpft ist das Leitbild eines neutralen Bundespräsidenten, der Distanz zu politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen wahrt. Nach Art. 63 Abs. 1 GG schlägt der Bundespräsident dem Bundestag den Bundeskanzler zur Wahl vor. Er ernennt den gewählten Bundeskanzler. Auf dessen Vorschlag ernennt und entlässt er die Bundesminister Wissenschaftliche Dienste Aktueller Begriff Der Bundespräsident Aktueller Begriff Der Bundespräsident Verfasser/in: Ben Konfitin/Ref. iur. Jennifer Schwagmeier – Fachbereich WD 3, Verfassung und Verwaltung, Tel.: (030) 227-32325 Wissenschaftliche Dienste Seite 2 (Art. 64 Abs. 1 GG). Dabei ist er auf eine rechtliche Prüfung beschränkt. Die politische Auswahlentscheidung steht ihm nicht zu. Der Bundespräsident ernennt auch Bundesrichter, Bundesbeam-

te, Offiziere und Unteroffiziere; diese Kompetenz ist jedoch gesetzlich oder durch Delegation des Bundespräsidenten zum Teil anderen Behörden übertragen (Art. 60 Abs. 1, 3 GG). Im Gesetzgebungsverfahren fertigt der Bundespräsident die Gesetze aus und verkündet sie im Bundesgesetzblatt (Art. 82 Abs. 1 GG). Die Ausfertigung, also die Herstellung einer unterschriebenen Originalurkunde, dient als Authentizitäts- und Legalitätsnachweis. Die Frage, ob und wann der Bundespräsident die Ausfertigung eines Gesetzes verweigern darf, zählt zu den meistdiskutierten in der verfassungsrechtlichen Literatur. Nach überwiegender Auffassung soll ihm nicht nur ein formelles, sondern auch ein materielles Prüfungsrecht zustehen. Demnach darf er die Ausfertigung eines Gesetzes nicht nur bei einer Verletzung des Gesetzgebungsverfahrens verweigern, sondern auch dann, wenn er das Gesetz aus anderen Gründen für verfassungswidrig hält. In der Praxis machten die Bundespräsidenten von diesem Recht nur selten und zurückhaltend Gebrauch. Seine Integrationsfunktion nimmt der Bundespräsident auch durch öffentliche Reden, Empfänge und Besuche wahr. Solange er dabei nicht willkürlich Partei ergreift, kommt ihm bei der Ausübung seines Äußerungsrechts ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Überdies steht dem Bundespräsidenten nach Art. 60 Abs. 2 GG das Begnadigungsrecht zu. Unter den zahlreichen Kompetenzen, die außerhalb des Grundgesetzes in einfachen Gesetzen geregelt sind, ist die Be-

stimmung des Tages der Bundestagswahl zu nennen (§ 16 Bundeswahlgesetz). Zu den ungeschriebenen Kompetenzen zählen die Festlegung der Staatssymbole (genaue Gestaltung der Bundesflagge, Wappen, Siegel, Nationalhymne) und die Verleihung von Orden des Bundes. Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit grundsätzlich der Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler oder einen Minister (Art. 58 GG). Zur Erfüllung seiner Reservefunktion gewährt das Grundgesetz dem Bundespräsidenten in verfassungsrechtlichen Ausnahmesituationen besondere Befugnisse: Scheitert die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers, so kann der Bundespräsident den Bundestag auflösen (Art. 68 Abs. 1 GG). Löst er den Bundestag nicht auf, kann der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung und mit Zustimmung des Bundesrates den Gesetzgebungsnotstand erklären (Art. 81 GG). Erhält bei der Kanzlerwahl kein Kandidat die absolute Mehrheit, kann der Bundespräsident entweder den mit einfacher Mehrheit gewählten Kandidaten ernennen oder den Bundestag auflösen (Art. 63 Abs. 4 GG). Nach Art. 39 Abs. 3 GG kann er jederzeit die Einberufung des Bundestages verlangen. Viele der Kompetenzen des Bundespräsidenten sind durch eine langjährige Staatspraxis geprägt. Stilbildend für die Amtsführung waren die Präsidenten Heuss und Lübke. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik betonten sie die repräsentative und integrative Funkti-

on des Amtes, nahmen politisch aber kaum Einfluss. Das Bild vom Bundespräsidenten als „Staatsnotar“ beeinflusst die verfassungsrechtliche Auslegung bis heute. Angesichts dieses eher von Zurückhaltung geprägten Amtsverständnisses wird einerseits – vereinzelt – über die Verzichtbarkeit des Amtes diskutiert, das manche für nicht mehr zeitgemäß halten, andererseits über dessen Stärkung durch Einführung der Direktwahl. Bisher konnte sich jedoch keine der Stimmen durchsetzen.

Quellen: Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 10. Juni 2014, Az. 2 BvE 4/13, BVerfGE 136, 323. - Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 10. Juni 2014, Az. 2 BvE 2/09, 2 BvE 2/10, BVerfGE 136, 277, 309 Rn. 91 ff. - Butzer, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein (Begr.), Kommentar zum Grundgesetz, 13. Aufl., Köln 2014, Art. 54. - von Münch/Mager, Staatsrecht I, 8. Aufl., Stuttgart 2016, Rn. 280 ff. - Aktueller Begriff „Die 14. Bundesversammlung am 30. Juni 2010“, Nr. 251/10 vom 3. Juni 2010. - Aktueller Begriff „Das Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten“, Nr. 043/07 vom 13. Februar 2007.

Weiterbildung als Chance gemeinsamen Gestaltens: Die Internationale Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amts

Wo treffen sich Außenpolitik, das Amt des Bundespräsidenten und ein Deutsch-Rundbrief?

Von Gesa Giesing, Franziska Schaar, Michael Wiggins, Alumni-Programm der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amts

Dr. Frank-Walter Steinmeier wurde 2013 zum zweiten Mal deutscher Außenminister. Am 27. Januar 2017 gab er sein Amt an den bisherigen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ab, denn Steinmeier soll am 12. Februar zum neuen Bundespräsidenten gewählt werden. Im Falle einer erfolgreichen Wahl wird er im März 2017 ins Schloss Bellevue einziehen und Joachim Gaucks Nachfolge antreten.

Kleiner Exkurs: Ein neuer Bundespräsident

Wissen Sie, wie in Deutschland der Bundespräsident gewählt wird? Die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt das sehr schön: *„Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung für fünf Jahre gewählt. Einmalige Wiederwahl ist zulässig. Diese Wahl ist die einzige Aufgabe der Bundesversammlung. Sie wird gebildet aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Delegierten, die von den Landesparlamenten entsprechend der Fraktionsstärke entsandt werden. Zumeist sind es Landtagsabgeordnete, zum Teil auch Kommunalpolitiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. [...] Wählbar ist jeder Deutsche, der das 40. Lebensjahr vollendet hat.*

(Auszug aus: Pöttsch, Horst: Die deutsche Demokratie. - 5. überarb. und aktualisierte Aufl. - Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2009. S. 97—103

Auch online unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39360/bundespraesident?p=all>)

Bekanntnis zur multilateralen Zusammenarbeit

Steinmeiers zweite Amtszeit als Außenminister war durch unzählige Konflikte und Krisen geprägt. Rückblickend auf den deutschen OSZE-Vorsitz im vergangenen Jahr resümierte er, dass sich Deutschland „gerade in diesen stürmischen Zeiten, Zeiten des Umbruchs in der internationalen Ordnung, Zeiten in denen Nationalismus überall wieder erstarkt“, zu einer handlungsfähigen, multilateralen Zusammenarbeit bekennt. Auch angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel oder transnationaler Kriminalität war solch ein kooperatives Zusammenspiel aller Nationen zu keinem Zeitpunkt so entscheidend wie heute.

Steinmeier will, sollte er gewählt werden, als Präsident außenpolitische Themen weiterhin wichtig nehmen, aber auch die politische Debatte generell bei den Deutschen neu beleben und ein „Gegengewicht sein zu den Tendenzen der grenzenlosen Vereinfachung“.

Die Internationale Diplomatenausbildung

Das Auswärtige Amt trägt seit 1992 auch mit der Internationalen Diplomatenausbildung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit in globalen Fragen bei: Sie bringt Nachwuchsdiplomaten aus aller Welt in verschiedenen Förderprogrammen in Berlin zusammen, die inhaltlich von den Zielen deutscher und europäischer Außenpolitik bestimmt werden, etwa der Wahrung des Friedens, dem Schutz der Menschenrechte, Demokratieförderung und der Reduzierung von Armut. Dabei ist das übergeordnete Ziel dieser Weiterbildungsinitiative, Außenpolitik als Chance gemeinsamen Gestaltens zu begreifen.

Netzwerke knüpfen und pflegen

Mit seinen bis heute über 3000 Alumni aus 180 Staaten hält die



Teilnehmende der Internationalen Diplomatenausbildung im Gespräch mit dem damaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier

Internationale Diplomatenausbildung durch diverse Angebote Kontakt – wie es der Deutsche Bundes-

tag mit den IPS-Alumni macht. So werden die Absolventinnen und Absolventen beispielsweise zu Wiedereinladungsprogrammen in Berlin, regionalen Netzwerktreffen im Ausland und zu Online- und Präsenz-Kursen in „Deutsch als Fremdsprache“ eingeladen.

Gleichzeitig erweitert die Internationale Diplomatenausbildung ihr Alumni-Netzwerk durch Kooperationen mit Partnern, die sich ähnlichen Themen und Zielen widmen. Auch IPS-Alumni passen sehr gut in diese Zielgruppe. Aus diesem Grund werden wir ihnen bald schreiben, um ihnen ausführlich unsere unterschiedlichen Angebote

und ihre Möglichkeiten, sie zu nutzen, vorzustellen.

Unser Deutsch-Rundbrief. Nächstes Thema:

Bundespräsidentenwahl

Ein Angebot wollen wir jetzt schon ganz kurz bekannt machen: unser „Deutsch-Rundbrief“ erscheint monatlich und enthält didaktisch aufbereitete Original-Texte und Übungen zu außenpolitischen Themen. Der nächste Deutsch-Rundbrief hat die Bundespräsidentenwahl zum Thema und wird kurz nach der Wahl erscheinen.

IPS-Alumni sind herzlichen ein-



Deutsch-Rundbrief des Auswärtigen Amtes

geladen, den Deutsch-Rundbrief zu abonnieren. Bitte schreiben Sie uns in diesem Fall an alumni@dipl.o.de (mit Angabe des Stipendienjahrs)!

In eigener Sache ...

Neue IPS-Alumna — Frau Mielenz



Frau Mielenz ist Ende des letzten Jahres in den wohlverdienten Ruhestand gegangen! Darum dürfen wir sie im bunten Kreis der IPS-Alumni begrüßen. Als Profi im internationalen Bereich hat sich Frau Mielenz den Höhepunkt des Berufslebens – die Arbeit für das IPS – für den Schluss aufgehoben. Das nötige Rüstzeug bekam sie in aufregenden Jahren bei der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, bevor sie Anfang des Jahrtausends in den Bereich Internationale parlamentarische Versammlungen der Verwaltung des Bundestages wechselte. Wir vermissen eine wunderbare,

äußerst kollegiale und immer mit einem Lächeln ausgestattete Mitarbeiterin in unseren WI 4 Gängen. Sie als IPS-Alumni haben es alle selbst erlebt: ohne Frau Mielenz keine Auftaktveranstaltung, keine Stiftungsreisen, keinen Präsidentenempfang, keine Uni-Vorlesung, ganz zu schweigen von der hingebungsvollen Betreuung „Ihrer“ IPSler. Ein ehemaliger Chef sagte einmal: „Frau Mielenz ist wie eine Perle an einer Perlenkette“. Das ist wunderbar beschrieben. Und doppelt passend: wir vermissen im manchmal auch grauen Verwaltungstag Frau Mielenz' Liebe für Schmuck und ausgefallene Ketten, Armbänder und Ohrringe, immer perfekt abgestimmt auf den Rest Ihrer Garderobe. So hoffen

wir, dass Frau Mielenz diesem Hobby – sowie der Liebe zu Fitnessstudios – nun mit mehr Zeit nachgehen kann. Wir freuen uns ganz besonders auf unser nächstes gemeinsames IPS-Fest, bei dem wir sie wieder in den Arm schließen und ihre neuen Kreationen bewundern können. Alles Gute für Ihren neuen Lebensabschnitt, Frau Mielenz!



Verabschiedung von Frau Mielenz durch die Kollegen des Referats WI 4

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag -Verwaltung Referat WI 4
Internationale Austauschprogramme
Luisenstraße 32-34, 10117 Berlin

Verantwortlich: Marc Bomhoff, Sabine Holthusen,
Angela Göllnitz, Maria Rösel
E-Mail: ips@bundestag.de
© Deutscher Bundestag, Berlin 2017
Alle Rechte vorbehalten